

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

05.03.2026: Die verzerrten Narrative politischer Selbstlegitimation: Wer spricht über jene, die nie ankommen?

Im Kontext der derzeitigen Maßnahmen und Entscheidungen der Migrationspolitik unter Giorgia Meloni verdichtet sich in den öffentlichen Debatten ein bekanntes, zuletzt aber besonders wirkmächtiges Narrativ: Politische Akteure stellen die sinkenden Ankunftsahlen über das Mittelmeer als Beleg erfolgreicher Politik dar – und instrumentalisieren diesen Rückgang als Trophäe ihrer populistischen Kommunikation. Der Blick richtet sich damit auf eine einzige Kennzahl: Wie viele kommen an? Was dabei aus dem Sichtfeld gerät, sind die menschlichen Kosten dieser „Erfolgsgeschichte“.

Genau gegen diese Verzerrung wenden sich in jüngster Zeit kirchliche Stimmen, insbesondere Bischöfe, mit Blick auf Ereignisse rund um den Zyklon Harry. Ihre Formel „Meno arrivi, più morti“ (Weniger Ankünfte, mehr Tote) ist also als eine Art Gegenrechnung zu verstehen: Sie erinnert daran, dass die Abnahme registrierter Ankünfte nicht automatisch weniger Leid bedeutet, sondern auch das Ergebnis von Abschottung ist, die Fluchtwege noch gefährlicher macht. Dass die politische Präsentation der Datenlage oft von Empathie entkoppelt ist, ist nicht neu; bemerkenswert ist jedoch, wie deutlich diese Entkopplung angesichts der aktuellen Zahlen hervortritt – Zahlen, die in ihrer Dramatik durchaus als „rekordverdächtig“ beschrieben werden können.

Diese sich gegenüberstehenden Realitäten von zwar wenigen Ankünften, aber mehr Toten und Vermissten, spiegeln sich in den Daten wider. Laut IOM wurden vom 1. Januar bis 10. Februar 2026 im Mittelmeer mindestens 524 Menschen als tot oder vermisst registriert – gegenüber 219 im gleichen Zeitraum 2025 – bei dem Versuch, Europa zu erreichen, vor allem auf den Seewegen von Nordafrika nach Europa. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Zahl weitaus höher liegt, weil viele Fälle nie dokumentiert werden. Zwischen dem 14. und 22. Januar 2026 kam es während des Sturms Harry zu zahlreichen „stillen Schiffbrüchen“ – also Unglücke, die häufig fernab öffentlicher Wahrnehmung geschehen – ohne Überlebende, die berichten können, ohne rechtzeitige Rettung, teils ohne Notruf oder ohne wirksame Antwort: Mindestens 15 namenlose Körper wurden bereits an die Küsten Kalabriens (Scalea, Tropea, Paola) und Siziliens (Pantelleria, Custonaci) gespült. Humanitäre Organisationen schätzen, dass während dieser Sturmtage insgesamt rund 1000 Menschen im Mittelmeer im Mittelmeer verschollen seien – und bis heute auch verschollen bleiben.

Wenn kalabrische Bischöfe sagen: „Es ist keine Statistik, sondern eine ganze Gemeinschaft, die vom Meer verschlungen wurde, während Europa woandershin sah.“ (Übersetzt aus dem Italienischen) zielen sie auf den Kern des Problems. Die offizielle Erfolgslogik wird damit grundsätzliche infrage gestellt: Wer ausschließlich Ankünfte zählt, entpolitisiert die Abwesenheit derer, die nie ankommen. Diese Perspektive lässt sich doppelt lesen. Erstens ist sie ein Plädoyer gegen die Rationalisierung und Instrumentalisierung von Zahlen: Aggregierte Daten mögen für politische Argumente instrumentalisiert werden – jeder einzelne Fall steht jedoch für ein Leben, für Trauer und für eine Lücke, die bleibt. Zweitens



benennt sie das Wegsehen Europas als konkrete Praxis: als mangelnde Prävention, als unzureichende Rettungsstrukturen und als lückenhafte Aufarbeitung. In diesem Sinne wird die Forderung nach [sicheren humanitären Korridoren](#) für Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Gewalt fliehen, zu einem zentralen Punkt des Appells.

Teil des gegenwärtigen Diskurses ist außerdem die Deutung, die Todesfälle ließen sich primär als Folge des Zyklons Harry erklären. Diese Konnotation ist jedoch irreführend – und oft nicht zufällig: Sie verlagert die Verantwortung von strukturellen, politisch beeinflussbaren Fluchtbedingungen auf „Naturereignisse“. Der Sturm wird damit zum bequemen Deutungsrahmen, der suggeriert, es handle sich um eine unvermeidbare Tragödie. Gerade dagegen formulieren die Bischöfe ihre Kritik schärfer: Die Toten seien nicht bloß Opfer des Wetters, sondern Opfer [„unmenschlicher politischer Entscheidungen“](#). Europas politische Entscheidungen könnten Risiken verringern – stattdessen verschärfen sie sie. Indem gefährliche Routen faktisch hingenommen und verspätete oder ausbleibende Rettungen zur Normalität werden, wächst die Gefahr mit jedem Ablegen. Natur wird hier also zu einer Art Kulisse, bei der Politik als unsichtbare steuernde Hand fungiert.

Aus diesem Grund ist der kirchliche Aufruf auch ein Aufruf zum Lautwerden und zum [Durchbrechen des Schweigens](#) – was auch bedeutet, nicht länger auszuweichen und oder Situationen zu beschönigen. Migrationspolitik wird vielfach entlang eines Bewertungsschemas geführt, das Ankünfte als Erfolg oder Misserfolg aufweist. Dabei wird strukturell ausgeblendet, wie genau dieses Bewertungsschema mit fehlender Hilfeleistung, mit der [Kriminalisierung ziviler Seenotrettung](#) und mit dem Verschwinden von Menschen auf der zentralen Mittelmeer Route zusammenhängt. Wer Menschen nicht sucht, überlässt sie dem Vergessen – und genau dieses Vergessen wird dann als „Rückgang“ verbucht.

Wie lokale Medien in diesem Zusammenhang bereits auf den Punkt gebracht haben, rückt jeder angeschwemmte Leichnam, ohne Namen und ohne offizielle Geschichte, eine Frage ins Zentrum, der die Politik lieber ausweicht: [Was bedeutet „Grenzkontrolle“ eigentlich, wenn genau diese Grenze weiterhin Tote hervorbringt?](#) Am Ende verschiebt sich somit also die entscheidende Frage, die wir uns stellen sollten: nicht, ob weniger Menschen Europa erreichen, sondern wie viele Europa nicht mehr lebend erreichen. Damit ist auch klar: Bestehende verzerrte Narrative müssen aufgebrochen werden, um zu verhindern, dass eine Verschiebung von Verantwortung politische Entscheidungen entlastet, die bestimmte Risiken erst produzieren oder verschärfen. Die wahren Verantwortlichkeiten müssen benannt, nicht umschrieben werden; und die Sprache muss direkter werden – in Medien, Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Solange in öffentlichen wie privaten Debatten die problematischen Dynamiken nicht beim Namen genannt werden, bleibt Gerechtigkeit für jene außer Reichweite, die Freund*innen, Angehörige oder ihr eigenes Leben verloren haben. Ein anderes Narrativ kann erst dort ansetzen, wo menschliche Würde nicht länger nachgeordnet verhandelt wird,